

## PRESSEINFORMATION



# AFGHANISTAN VOR DEN WAHLEN: DIE MENSCHENRECHTSLAGE IM ÜBERBLICK

Sicherheitslage und Menschenrechtssituation haben sich in den letzten Jahren in Afghanistan erheblich verschlechtert. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen hat die Zahl der Anschläge noch einmal zugenommen. Die Zentralregierung und die staatlichen Strukturen bleiben schwach, während Taliban und andere bewaffnete Gruppen wieder große Teile des Landes kontrollieren. Aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen und Nahrungsmittelknappheit steigt die Zahl der Binnenflüchtlinge kontinuierlich. Nach wie vor herrscht eine Atmosphäre der Rechtlosigkeit des Einzelnen bei gleichzeitiger Straflosigkeit der Menschenrechtsverletzer, da es bisher nicht gelungen ist, ein funktionierendes Justiz- und Polizeisystem aufzubauen. Die Situation der Frauen ist weiter von alltäglicher Gewalt und Diskriminierung geprägt. Erreichte Fortschritte in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Bildung sind durch Anschläge und anhaltende Kämpfe gefährdet.

Die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert sich stetig. 2008 war das blutigste Jahr seit dem Sturz der Taliban, etwa 2.100 Zivilisten kamen ums Leben - das sind 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Mehr als 800 von ihnen starben bei Militäroperationen der internationalen und afghanischen Truppen. Nach UN-Angaben sind 2009 allein in den ersten sechs Monaten mindestens 1013 Zivilisten ums Leben gekommen. Die Taliban sind weiter auf dem Vormarsch und kontrollieren mittlerweile große Teile des Landes im Süden, Osten und in der zentralen Region um Kabul. Immer mehr Menschen müssen vor militärischen Auseinandersetzungen in andere Landesteile fliehen. Nach UNHCR-Schätzungen gab es schon im August 2008 mindestens 235.000 Binnenflüchtlinge. Diese Zahl steigt weiter an, auch wegen der andauernden Nahrungsmittelknappheit in einigen Gegenden. Die Bedingungen in den Flüchtlingslagern sind desolat.

Die afghanische Regierung bleibt schwach. In den Gebieten, die sie kontrolliert, vermag sie die Grundversorgung der Bevölkerung nicht zu gewährleisten. Staatliche Institutionen sind häufig korrupt, einflussreiche Posten in der Verwaltung werden von ehemaligen Kriegsverbrechern oder Warlords bekleidet. Es ist bisher nicht gelungen, ein funktionierendes Polizei- und Justizwesen aufzubauen.

Die Polizei wird in der Bevölkerung eher als Bedrohung denn als Schutz wahrgenommen. Sie gilt als hochkorrupt, ist unterbezahlt, schlecht ausgestattet und ausgebildet.

Willkürliche Festnahmen, Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam sind weit verbreitet und bleiben praktisch immer straffrei. Dasselbe gilt für die Gefängnisse, in denen etwa der Geheimdienst NDS Gefangene foltert. Da die internationale Gemeinschaft die Gefängnisse in ihren Aufbaubemühungen bisher komplett ignoriert hat, sind die Zustände dort katastrophal. Daneben existierten zahlreiche von Warlords betriebene Privatgefängnisse.

Auch das Justizwesen ist personell schlecht ausgestattet und häufig korrupt. Verfahren sind in der Regel unfair, es wird zum Teil erheblicher Druck auf Richter ausgeübt. Gerichte verhängen Todesurteile nach unfairen Verfahren, die seit Ablauf eines faktischen dreijährigen Moratoriums im Oktober 2007 auch wieder vollstreckt werden. Frauen finden nur selten rechtliches Gehör. Zudem gibt es parallele informelle Strukturen (Dorfältestenräte), die u. a. Frauen massiv diskriminieren. Es herrscht weiterhin eine Atmosphäre der völligen Straflosigkeit für vergangene und andauernde Menschenrechtsverletzungen, hier fehlt auch ganz klar der politische Wille. Nur ganz vereinzelt wurden Personen für Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen.

Es hat Verbesserungen für Frauen auf der politischen Ebene gegeben, etwa die Einrichtung eines Frauenministeriums, eine Frauenquote für Parlamentssitze, einen „National Action Plan for Women“. Doch diese Verbesserungen spiegeln sich nicht in der Lebenssituation der meisten Frauen wider. Zwar haben sie in Teilen des Landes mittlerweile wieder Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, doch familiäre Gewalt, Zwangsehen, Verheiratungen von Mädchen, Vergewaltigungen und der Austausch von Frauen als Mittel zur Streitbeilegung bleiben weit verbreitet.

Besorgniserregend ist die fortschreitende Einschränkung der Meinungsfreiheit. Journalisten stehen verstärkt unter Druck, nicht nur seitens der Taliban und Warlords, sondern auch seitens der Regierung. Gerade auch im Vorfeld der Wahlen werden sie aufgrund kritischer Äußerungen bedroht, entführt, inhaftiert oder ermordet. Insbesondere seit 2007 ist es zu einer Reihe von Morden an kritischen Journalisten in verschiedenen Landesteilen gekommen. Es hat in der letzten Zeit von mehreren Seiten Bemühungen gegeben, die Presse zu zensieren. So gab es Vorschläge für ein restriktives Mediengesetz sowie eine Geheimdienst-Direktive, die Berichterstattung „gegen nationale Interessen“ unterbinden soll.

Der international bekannteste Fall eines inhaftierten Journalisten ist Parwiz Kambakhsh, der im Januar 2008 zunächst wegen Blasphemie in einem unfairen Prozess zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde zwischenzeitlich in eine 20jährige Haftstrafe umgewandelt. Es kam nicht zu einem Freispruch, obwohl der Belastungszeuge angab, seine Aussage unter Zwang gemacht zu haben.

Menschenrechtsverteidiger stehen unter zunehmendem Druck, insbesondere Frauen. Viele haben Amnesty berichtet, dass sie wegen ihrer Menschenrechtsarbeit bedroht oder tätlich angegriffen worden seien. Einige mussten bereits das Land verlassen.



Amnesty International fordert von der afghanischen Regierung wie von der internationalen Gemeinschaft konkrete Schritte, um die Situation der afghanischen Bevölkerung zu verbessern:

Die neue Regierung muss sich zur Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit verpflichten und insbesondere die Reform von Polizei und Justiz massiv vorantreiben, denn das hätte einen fühlbaren Mehrwert für die Menschen in Afghanistan zur Folge. Die internationale Gemeinschaft muss die Regierung hierbei unterstützen und die zugesagte Unterstützung künftig zügiger leisten.

Internationale Truppen müssen alles tun, um Zivilisten zu schützen. Erste Schritte von ISAF zur Aufklärung ziviler Todesfälle sind willkommen, aber es muss einheitliche und transparente Mechanismen zur Aufklärung von Fällen toter Zivilisten und auch zur Entschädigung von Opfern und Familien geben.

Deutschland muss sein Engagement im Polizeibereich weiter ausbauen. Der Polizeiaufbau läuft weiterhin schleppend, die afghanische Polizei wird von der Bevölkerung eher als Bedrohung denn als Schutz wahrgenommen. Es ist ein wichtiger Schritt seitens der Bundesregierung, die Zahl der Ausbilder zu erhöhen, aber es sind weitere Maßnahmen nötig wie ein stärkeres Monitoring und transparente Beschwerdemöglichkeiten für die Bevölkerung.

Es hat vor diesen Wahlen keinen funktionierenden Mechanismus zur Überprüfung von Kandidaten gegeben, inwieweit sie in Menschenrechtsverletzungen verstrickt waren oder sind. Das muss im Vorfeld der Parlamentswahlen, die für 2010 geplant sind, verbessert werden. Seit 2004 sind Tausende solcher Beschwerden bei der zuständigen Kommission des Parlaments eingegangen, aber in dem gesamten Zeitraum wurde nur eine einzige Abgeordnete ausgeschlossen. Malalai Joya musste ihre Kandidatur aufgeben, weil sie öffentlich kritisiert hatte, dass Kriegsverbrecher im Parlament sitzen.

